



Die Bundesversammlung - Das Schweizer Parlament

Curia Vista - Geschäftsdatenbank

15.3131 – Motion

Ausbau des Systems zur automatischen Fahrzeugerkennung und Verkehrsüberwachung an der Landesgrenze

Eingereicht von



Schläfli Urs

Einreichungsdatum

16.03.2015

Eingereicht im

Nationalrat

Stand der Beratungen

Im Rat noch nicht behandelt

Eingereichter Text

Der Bundesrat wird mit der regionweisen Einführung oder dem Ausbau des Systems zur automatischen Fahrzeugerkennung und Verkehrsüberwachung (AFV) an allen Grenzübergängen beauftragt, wo der Grenzübertritt mit Motorfahrzeugen gestattet ist, sofern die Einrichtung des AFV technisch möglich ist. Grenzübergänge im Einzugsgebiet von Agglomerationen werden priorisiert behandelt. In Randregionen erfolgt die Installation des AFV im Ermessen des Grenzwachtkorps in Absprache mit den zuständigen Polizeibehörden.

Der Vollausbau gemäss dieser Motion ist bis Ende 2020 anzustreben. Das GWK stellt mit den kantonalen Polizeikorps sicher, dass die Ressourcen für die Bewirtschaftung des AFV zur Verfügung stehen.

Begründung

Die Antwort vom 12. November 2014 des Bundesrates auf die Interpellation [14.3747](#) zeigt auf, dass die automatische Fahrzeugerkennung und Verkehrsüberwachung ein sehr gutes Hilfsmittel des Grenzwachtkorps (GWK) darstellt und eine effiziente und ressourcenschonende Überwachung an neuralgischen Punkten erlaubt. Das GWK und die kantonalen Polizeikorps erzielen mit dem System beachtliche Fahndungserfolge im Kampf gegen Schlepper, Drogenkurier und Schmuggler. Zusätzlich hat das System seinen Nutzen bei Alarmfahndungen und im Zusammenhang mit einer Kindesentführung unter Beweis gestellt.

Entgegen der Meinung des Bundesrates sind wir der Auffassung, dass dieses System seine Wirksamkeit nur entfaltet, wenn es möglichst flächendeckend eingesetzt wird. Kriminelle wissen rasch, wo sie überwacht werden und weichen auf Grenzübergänge ohne AFV aus. Beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität müssen sämtliche technischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Das bestehende System AFV soll deshalb weiter ausgebaut werden und auch eine abschreckende Wirkung auf den Kriminaltourismus bewirken.

Antrag des Bundesrates

Erstbehandelnder Rat

Nationalrat

Mitunterzeichnende (24)

Bulliard-Marbach Christine Fluri Kurt Geissbühler Andrea Martina Gmür Alois
Gschwind Jean-Paul Hausammann Markus Herzog Verena Lehmann Markus
Lohr Christian Miesch Christian Müller Leo Müller-Altermatt Stefan Pezzatti Bruno
Pfister Gerhard Regazzi Fabio Reimann Lukas Ritter Markus Romano Marco
Schneider-Schneiter Elisabeth Siegenthaler Heinz Vitali Albert Vogler Karl
Walter Hansjörg Winkler Rudolf

Deskriptoren: [Hilfe](#)

Ergänzende Erschliessung:
12;24;48

Zuständig

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)

Sie sind hier: [Das Schweizer Parlament](#) > [Suche](#) > [Geschaeefte](#)